

TüFKoll

Test über Fertigkeiten und Kompetenzen lifelong learning

Mündlicher Ausdruck

(45 Min)

Name : _____

Vorname : _____

Max. Punkte	erreichte Punkte
25	

Mündlicher Ausdruck	
Präsentieren (monologisches Sprechen) und diskutieren (dialogisches Sprechen)	
Vorbereitungszeit	30 Minuten
Max. Punktzahl	25
Situation	In einem Seminar zu aktuellen Fragen der Schweizer Politik haben Sie drei verschiedene Zeitungsartikel erhalten. Im Rahmen einer Diskussion zur Frage, ob die Schweiz Mitglied in der „EURACOM“ (siehe Artikel 1) bleiben soll oder nicht, sollen Sie eine mündliche Zusammenfassung der wichtigsten Informationen der drei Artikel vorbereiten. Auch das Thema, ob die Schweiz tatsächlich aus der Nutzung der Atomkraft aussteigen kann und soll, wird diskutiert werden und ist deshalb von Relevanz für die Vorbereitung.
Aufgabenstellung	<ol style="list-style-type: none">1. Präsentieren Sie zunächst das Thema, indem Sie die wichtigsten Informationen der nachfolgenden Texte 1-3 für Ihre Zuhörer in einer Synthese zusammenfassen. Um Wiederholungen zu vermeiden ist es dabei wichtig, die ausgewählten Informationen thematisch zu gliedern und nicht drei separate Textzusammenfassungen zu präsentieren. Formulieren Sie auch Ihre eigene Meinung zum Thema und schliessen Sie mit einem kurzen Schlussstatement ab. Bitte <u>strukturieren</u> Sie Ihren Vortrag und formulieren Sie in eigenen Worten. Für die Präsentation haben Sie 5-7 Minuten Zeit. Verfassen Sie als Grundlage für diese Präsentation keinen zusammenhängenden schriftlichen Text, sondern notieren Sie Stichworte, die Sie für die Präsentation verwenden können. Sie sollen möglichst frei sprechen.2. Nach Ihrer Präsentation sollen Sie ca. 5 Minuten mit der Prüfungsperson über die Frage diskutieren, ob die Schweiz aus der Nutzung der Atomkraft aussteigen kann und soll. Bereiten Sie einige Argumente vor, die Ihren Standpunkt unterstützen.

Text 1

EURATOM, Europäische Atomgemeinschaft

Der EURATOM-Vertrag wurde 1957 gemeinsam mit dem Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Rom (Römische Verträge) unterzeichnet.

Angesichts des in den 50er Jahren bestehenden Mangels an herkömmlichen Energieträgern sahen die sechs Gründerstaaten Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in der Kernenergie die Chance, Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen. Der EURATOM-Vertrag sollte dazu beitragen, die Forschungsprogramme der Staaten in Hinblick auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu koordinieren und die nötigen Investitionskosten aufzubringen. Kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges sollte der Vertrag ebenfalls dazu beitragen, in Europa den Frieden zu sichern, indem ein potenziell gefährliches Material unter gegenseitige Kontrolle gestellt wurde.

aus: www.erene.org/web/glossar-euratom-Europaeische-atomgemeinschaft-255.html

Text 2

Klares Bekenntnis zur EU-Forschung samt Atomprogramm

Die Schweiz soll auch in den nächsten Jahren voll bei der europäischen Forschung mitmachen. Der Nationalrat hat 4,4 Milliarden Franken für das EU-Rahmenprogramm «Horizon 2020» genehmigt – 1,8 Milliarden mehr als bisher. Auch am Beitrag für die Nuklearforschung bei Euratom wird nicht gerüttelt.

Schweizer Forschende sollen sich auch in der nächsten Phase des EU-Forschungsprogramms «Horizon 2020» von 2014 bis 2020 mit ihren Projekten für Forschungsgelder bewerben können. Der Nationalrat hat die Finanzierung von 4,4 Milliarden Franken mit 146 zu 20 Stimmen deutlich genehmigt.

Die Argumente der SVP, welche auf das Geschäft nicht eintreten wollte, stachen im Plenum nicht. So kritisierte Nationalrat Christoph Mörgeli (SVP/ZH) im Namen der Fraktion: Es sei eine Binsenwahrheit, dass die Wissenschaft seit je international organisiert sei. Die EU brauche es hier nicht, denn Zweck der EU-Forschungsprojekte sei es, dass auch die EU wirtschaftliche Vorteile erhalte. Zudem kritisierte Mörgeli, dass das Geld in Brüssel versickere.

Im Gegensatz dazu betrachten zum Beispiel die Grünen die internationale Forschung und deren Einbindung als Kernaufgabe, da es unsere einzige Ressource sei. In den Hearings sei auch dargestellt worden, dass durch diese Investition wirtschaftlicher Erfolg generiert werden könne.

Verwendung der Gelder im Inland ist nicht sinnvoll

Dies sieht auch der Bundesrat so: «Die internationale Vernetzung stärkt unsere Forschung und ist Grundlage für neue Produkte», betonte Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Die Hochschulen und Institute würden profitieren. Die Forschung müsse die Grundlage für die Erhaltung des Arbeitsplatzes Schweiz sein.

Zudem sei die Schweiz zu klein und zu vernetzt mit Europa. Gelder könnten nicht nur im Inland eingesetzt werden, erwähnte im Namen der grünen Fraktion Yvonne Gilli. Hier stärkte auch Nationalrat Jean-François Steiert (SP/FR) den Grünen den Rücken: «Forschung ist nur in wenigen Bereichen auf nationaler Ebene denkbar. Unser Forschungsplatz ist letztlich dank der Personen, die zu uns kommen, ein Garant für gute Resultate.»

Auch Euratom und ITER zugestimmt

Aspekte der Wirtschaftlichkeit wurden in der Debatte ebenfalls angeschaut. So meinte im Namen der BDP-Fraktion der Aargauer Nationalrat Bernhard Guhl, dass sich die Schweiz von diesem erfolgreichen Programm nicht verabschieden darf. «Wir brauchen Spitzenforschung in der Schweiz», erklärte Guhl und betonte, dass die Programme auch KMU indirekt unterstützen.

Ein Minderheitsantrag, den Beitrag von 144 Millionen Franken für Euratom und dessen Kernfusionsreaktor ITER vom Rahmenprogramm zu entkoppeln und zu streichen, wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag, Euratom ab 2019 nicht mehr weiter mitzutragen. Die Euratom-Schwerpunkte stünden im Einklang mit der Energiepolitik des Bundes, fand eine Mehrheit.

Schneider-Ammanns Argumente, dass eine Entkoppelung des Euratom- und ITER-Beitrags nicht möglich sei, überzeugte wohl die Grosse Kammer. Die EU habe dies bereits signalisiert und solchen Aufspaltungsbegehren eine Abfuhr erteilt

Der Zugang zu den europäischen Geldern ist in der Schweiz in den letzten Jahren zur zweitwichtigsten Förderquelle geworden. Von den Forschungsgeldern profitieren vor allem die ETH mit 40 Prozent, die Universitäten mit 28 Prozent sowie Unternehmen mit 20 Prozent.

aus: www.srf.ch/news/schweiz/session/klares-bekanntnis-zur-eu-forschung-samt-atomprogramm

Text 3

250 Steuermillionen für die Atomindustrie der EU

Trotz Atomausstieg will der Bundesrat die europäische Atomindustrie massiv fördern. Am nächsten Montag entscheidet der Nationalrat.

Seit 1957 ist der Hauptzweck der europäischen Atomgemeinschaft Euratom die Förderung der Atomindustrie mit Milliardenbeträgen aus den Staatskassen. Trotz klarem Ausstiegsbeschluss will der Bundesrat in den nächsten Jahren rund 250 Millionen Franken für die Euratom locker machen. Begründung: Die Schweiz darf am gesamten EU-Forschungsprogramm 2014 - 2020 nur teilnehmen, wenn sie auch bei der Euratom mitmacht.

Minderheits-Kritik gegen Euratom-Kredit

Einmal mehr liess sich der Bundesrat über den Tisch ziehen. Andere Staaten wie Norwegen, Israel und die Türkei konnten sehr wohl Ausnahmen erwirken. Der Bundesrat ist nicht nur vor der europäischen Atomlobby eingeknickt, sondern auch vor der inländischen Atomindustrie und der Hochschullobby, welche mit milliardenschweren Aufträgen aus der EU rechnen kann, allen voran die ETH Lausanne mit ihrem «Human Brain Project».

Das EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» wird am nächsten Montag im Nationalrat behandelt. Der Bundesrat beantragt dem Parlament einen Gesamtkredit von 4,4 Milliarden Franken. Davon gehen 250 Millionen an die Euratom, vor allem zur Finanzierung des Fusionsreaktors ITER in Südfrankreich. Die zuständige Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) hat dem Milliardenkredit mit 16 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Eine links-grüne Minderheit versuchte erfolglos das Euratom-Programm vom Gesamtprogramm zu entkoppeln und den Euratom-Kredit zu streichen. Die Namensabstimmung im Nationalrat wird zum Lackmустest für den Atomausstieg und die Energiewende.

Energiewende mit Hilfe der Atomindustrie!

Die bürgerliche Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die massive Subventionierung der europäischen Atomindustrie «im Einklang mit der Energiepolitik des Bundes» stehe. Die Euratom leiste «einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung des wissenschaftlichen Know-hows in den Bereichen der Kernspaltung und der Kernfusion, was aus Sicht der Kommissionsmehrheit im Rahmen der Energiewende unentbehrlich ist.»

Dabei hält der Bundesrat in seinem Aktionsplan zur Energieforschung genau das Gegenteil fest: Die Sicherheit und die Abfallentsorgung der bestehenden Atomkraftwerke stehe bei der Atomforschung im Vordergrund. Entsprechend komme «der Fusionsforschung für die Unterstützung der neuen Energiepolitik auch in mittel- und langfristiger Sicht keine Priorität zu».

aus: www.infosperber.ch/data/attachements/SHZ%202020Mai%202013%20Euratom.pdf